

# Das Budget positiv bewertet

Der Entwurf zum Voranschlag für die Staatsrechnung 2010 fand im Walliser Grossen Rat breite Zustimmung

## Aus dem Walliser Grossen Rat

**S i t t e n.** – Es gab breite und auch grundsätzliche Zustimmung für den Budgetentwurf zur Staatsrechnung 2010 gestern im Grossen Rat. Doch die Finanzkommission verlangt Einsparungen beim Personal und setzt bei verschiedenen Ausgabenposten ihre Fragezeichen.

Der Präsident der Finanzkommission, **David Théoduloz** (CVP Mittelwallis), fordert Einsparungen. **Staatsrat Maurice Tornay** verweist auf Notwendigkeiten, die unumgänglich sind: Man kann sich nicht weigern, Bundesrecht oder kantonales Recht umzusetzen. Der Staatsrat hat den klaren Willen, auch in der Finanzpolitik die nötige Transparenz zu schaffen. Er ist auch gewillt, Einsparungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Das Parlament und die Regierung verfügen ja über eine Garantie, dass die Finanzen im Lot bleiben: die doppelte Ausgaben- und Schuldenbremse.



Herbststimmung nicht nur auf der Planta gegenüber dem Regierungsgebäude, sondern auch in den Kantonsfinanzen, wo sich schwierigere Zeiten ankündigen. Foto wb

## Kostenvoranschlag 2010 Licht und Schatten

**Marcelle Monnet-Terretaz** (SP-Linksallianz) stellt fest, dass die Krise da ist. Das Parlament hat mit einem Konjunkturprogramm Gegensteuer gegeben. Das Parlament muss auch dann zu seinen Entscheidungen stehen, wenn es dazu mehr Personal braucht. **Felix Ruppen** (CVP Oberwallis) zollt dem Budgetentwurf Respekt. Das Budget ist ausgeglichen, die doppelte Ausgaben- und Schuldenbremse wird respektiert. Doch der Entwurf bietet keinen Spielraum mehr. Die Schere zwischen Ertrag und Aufwand weitet sich. Darum unterstützt die CVPO-Fraktion die Forderungen der Finanzkommission. Die CVPO fordert die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Energie. **Nicolas Voide** (CVP Unterwallis) ist erfreut darüber, dass sich das Budget 2010 unter nun doch unerwartet positiven Vorzeichen zeigt. Es sind wieder Amortisa-

tionen möglich, und es resultiert ein bescheidener Einnahmenüberschuss von 8,8 Mio. Franken. Das ausgeglichene Budget ist zustande gekommen, obwohl die Investitionen in Rekordhöhe liegen. Es ist zu hoffen, dass diese auch realisiert werden.

## Keine weiblichen Dienstchefs mehr

**Graziella Walker-Salzmann** (CSP Oberwallis) betont, dass es nicht selbstverständlich ist, dass in der heutigen Wirtschaftslage ein ausgeglichenes Budget präsentiert wird. Die CSPO fordert die Regierung auf, die Mittel für die Wirtschaftsförderung und für den Wohnbau voll auszuschöpfen. Die CSPO teilt die Befürchtungen der Finanzkommission nur teilweise. Die CSPO-Sprecherin stellt fest, dass es keine einzige weibliche Dienstchefin mehr gibt. Auch bei den mittlere-

ren Kadern sind Frauen untervertreten. Die Forderungen der Finanzkommission im Personalbereich mit der Streichung von acht Posten sind zu wenig differenziert. **Aldo Resenterra** (freisinnig-liberal) verweist auf den Finanzierungsüberschuss und auf den befriedigenden Eigenfinanzierungsgrad. In der kurzfristigen Betrachtung sehen die Kantonsfinanzen recht gut aus. Doch die Ausgaben drohen aus dem Ruder zu laufen. **Franz Ruppen** (SVPO/Freie Wähler) kritisiert die bedeutende Zunahme der Personalausgaben. Die SVP Oberwallis unterstützt die Sparvorschläge der Finanzkommission. Die Regierung soll über die Verwendung der Mittel zur Unterstützung der Wirtschaft Auskunft geben. Die SVP spricht sich wie die übrigen Fraktionen für Eintreten aus. **Pascal Gaillard** (CVP Mittel-

wallis) spricht von einem «ausgezeichneten Budget in schwierigen Zeiten». Die Fraktion teilt aber einen Teil der Bedenken der Finanzkommission. Die Regierung soll bis zur Detailberatung noch weitere Informationselemente zur Schaffung von neuen Posten liefern. **Jean-Luc Addor** (SVP) kündigt Eintreten auf das Budget an. Die Fraktion unter-

stützt die Forderungen der Finanzkommission und teilt deren Befürchtungen im Ausgabenbereich. **Helena Mooser-Theler** (SP-Linksallianz) wertet die schwarzen Zahlen als positiv. Der Selbstfinanzierungsgrad ist erfreulich. Gerade die Förderung von Bildung ist eine wichtige Investition in die Zukunft. Dies bedingt den Wechsel von

## Der Standpunkt der Regierung

lth) Der Präsident der Finanzkommission, **David Théoduloz**, untermauert noch einmal die Sparvorschläge seiner Kommission. Die Aufsichtskommission beharrt auf der Streichung von 1 Mio. Franken im Personalbereich, indem der Regierung die Schaffung von acht von 41 Posten verwehrt wird. Wer zusätzliche Ausgaben verlangt, muss entsprechende Einsparungen vorschlagen. **Staatsrat Maurice Tornay** stellt fest, dass der Weg zu einem ausgeglichenen Budget eine Gratwanderung darstellte: die Stützung der Wirtschaft mit Rekordinvestitionen auf der einen Seite, die Respektierung der Ausgaben- und Schuldenbremse auf der anderen. Die Sparbemühungen werden fortgesetzt, denn die Ausgaben von heute sind die Schuldzinsen von morgen. «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not», führte der Departementchef eine Spruchweisheit in deutscher Sprache an. Gleichwohl kommen Regierung und Parlament ihren Verpflichtungen gegenüber dem Personal, der Wirtschaft und den Sozialeinrichtungen nach.

Ausbildungsdarlehen hin zu Stipendien. Der Antrag der Finanzkommission geht in eine falsche Richtung. Die Personalbestände sind nicht zu hoch. Die Frage der Kraftwerkbesteuerung ist endlich energisch an die Hand zu nehmen. lth

## Soziales und Sicherheit

### Vorstösse zu Sozialhilfe, Feuerwehr, Fluglärm

lth) Der Rat behandelt persönliche Vorstösse im Bereich des Sozialwesens, der Sicherheit und lehnt eine erweiterte, eingetragene Partnerschaft ab.

### Sicherung geleisteter Sozialhilfe

**Philipp Matthias Bregy** (CVP Oberwallis) begründet seine Motion zur Sicherung der geleisteten Sozialhilfe. Es geht keineswegs darum, Sicherungsmöglichkeiten abzuschaffen, sondern diese vielmehr gesetzlich besser abzusichern. Die Gemeinden sollen auf diesem Gebiet nicht alleine gelassen werden. Der Staatsrat soll die Motion rasch umsetzen. **Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten** nimmt den Vorstoss entgegen und präzisiert, dass er hier eine gesetzliche Lücke schliesst.

### Lärm, aber auch Arbeitsplätze

**Olivier Delaloye** (freisinnig-liberal) sorgt sich um die Belastung durch militärischen Fluglärm. **Staatsrätin Waeber-Kalbermatten** führt aus, dass Einschränkungen wie Sommerpause, Mittagsruhe und Rücksicht auf schulische Aspekte eingehalten werden. Aber es fehlt an einer langfristigen Planung und Konzeption. Dazu kommt, dass allfällig neue Kampfflugzeuge künftig nicht weniger Lärm machen werden. Das Wallis wird aber auch dann ein militärischer Flugraum bleiben, wenn es keinen Militärflugplatz in Sitten mehr gäbe. Der Flugplatz bringt Lärm, aber dort finden sich auch 100 Arbeitsplätze, davon über 40 für Lehrlinge.

Dazu leistet der Militärflugplatz zahlreiche Dienstleistungen für die zivile Fliegerei.

### Kein Rahmengesetz für Gemeindepolizei

Eine Motion von **Helena Mooser-Theler** (SP-Linksallianz) für die Schaffung eines Rahmengesetzes für die einheitliche Regelung von kommunalen Polizeiaufgaben wird von der CVPO (durch **Egon Furrer**) unter Hinweis auf die Gemeindeautonomie bekämpft. Die Freisinnig-Liberalen schlagen die Umwandlung in ein Postulat vor. Auch das Postulat wird bekämpft. Der Rat lehnt den Vorstoss mit 79 zu 38 Stimmen ab.

### Feuerwehrkonzept nicht tauglich?

**Irina Imesch-Studer** (CSP Oberwallis) befasst sich mit dem neuen Konzept der Feuerwehren im Wallis. Sie stellt fest, dass nicht alle Ortschaften die gleichen Bedürfnisse haben. Es müsste auch Kriterien wie touristische Bedeutung, eingeschränkte Erreichbarkeit und ausgedehntes Territorium stärker gewichtet werden als dies heute der Fall ist. Sie befasst sich auch kritisch mit dem Beschaffungswesen. **Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten** betont, dass die Sicherheit an erster Stelle steht. Das Konzept ist von einer breit abgestützten Arbeitsgruppe erarbeitet worden. Die neuen Bestimmungen sind in Kraft. Auch andere Kantone haben ihre Konzepte überarbeitet. Die Kriterien sind differenziert; die Neukonzeption ist in allen Regionen vorgestellt worden. Acht Regionen haben

die neuen Vorgaben bereits umgesetzt. 27 Feuerwehren sind zu acht Feuerwehrorganisationen zusammengeschlossen worden. Bis 2012 ist eine Einführungsphase vorgesehen. Kostensenkungen stehen nicht im Vordergrund. Die zentrale kantonale Einkaufszentrale funktioniert bereits in zwei Modulen – bei der persönlichen Ausrüstung und bei den Feuerwehrschläuchen. Der zentrale Einkauf erlaubt Einsparungen.

### Keine Ausweitung der Partnerschaft

**Anne-Christine Bagnoud** (SP-Linksallianz) stellt fest, dass die Gesetze im Kanton den gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenleben der Menschen nicht genügend Rechnung tragen. Sie tritt für die Einführung einer eingetragenen Partnerschaft auch für nicht gleichgeschlechtliche Paare ein. Es handelt sich nicht um eine Schwächung der Institution der Ehe, sondern um eine Ergänzung dazu. Die eingetragene Partnerschaft schliesst Lücken – auch bei so einfachen Dingen wie bei der sozialen Absicherung des Partners oder beim Besuchsrecht im Spital. Die Motion wird durch die CVP Unterwallis, die SVP und **Larissa Jossen** (SVPO/Freie Wähler) als «aufgeweichte» Form der Ehe und «Zweitklasse» bekämpft. Die Freisinnig-Liberalen schlagen die Umwandlung in ein Postulat vor. Nach ihrer Meinung kann diese Form des Zusammenlebens durchaus eine Alternative zum Konkubinat darstellen. Der Rat lehnt das Postulat mit 75 zu 45 Stimmen (3 Enthaltungen) ab.

## Parlaments-Splitter

Es ergeht den Blumen im Grossen Rat nicht besser als manchen anderen Üppigkeiten auf dieser Welt: Die subtile Trennlinie zwischen Reife und Verwelken ist schmal. So lassen einige der weissen Kelche schon ein wenig den Kopf hängen. Das könnte mit den recht hohen Temperaturen im Sitzungssaal zu tun haben. Aber lieber ordentlich geheizt, als kalte Füsse. Dies im wörtlichen wie im übertragenen Sinne...

Sieben junge Schülerinnen und Schüler statteten im Zuge des Berufswahltag des Parlament einen Besuch ab. Sie haben sich somit mit den Belangen der Res publica oder eben der Republik vertraut gemacht. Wer weiss, vielleicht befinden sich darunter künftige Politikerinnen und Politiker. Denn das Interesse an der Politik bekommt man meist in frühen Jahren mit, oft am Familientisch...

Die Erfüllung von Aufga-

ben, die dem Kanton vom Bund übertragen wurden und Beschlüsse des Kantonsparlamentes bedingen eine Aufstockung des Personalbestandes des Kantons um 41,4 Einheiten. Das ist gewiss erheblich. Aber der Kanton Freiburg hat dieser Tage eine Zunahme des Personalbestandes – um 300 Einheiten beschliessen müssen.

Die gespaltene Budgetberatung mit der Eintretensdebatte im November und der Detailberatung im Dezember mag gute Seiten haben. Aber die Versuchung ist gross, dass die Fraktionen schon in der Grundsatzdebatte ihre Einzelvorschläge formulieren. So wohnen wir halt einer Art von Wiederholungsdebatte bei. Nun – es gibt Schlimmeres auf dieser Welt, als Wiederholungen von Einsichten und Absichten in einem Parlament.

Schmunzeln und Gelächter im Parlamentssaal als Staatsrätin Waeber Kalbermatten ein wenig treu-

herzig verkündete, dass ein grosser Teil von den Strafgefangenen, die in der Strafanstalt von Pramon ausbüxen, freiwillig wieder dorthin zurückkehrt. Dieser «Stalldrang» entspricht nun nicht ganz dem gängigen Bild des Strafgefangenen, aber spricht doch für die Lebensqualität in der Strafanstalt.

Einst im Mai, lang ists her, da hat es in der CVPO-Fraktion einen weltanschaulich einigermaßen liberalen Flügel gegeben. Das ist Schnee von vorgestern. Heute stimmt diese Fraktion in gesellschaftspolitischen Belangen wie zum Beispiel gestern bei einer erweiterten eingetragenen Partnerschaft für nicht gleichgeschlechtliche Paare wie ein einziger, geschlossener Block ab – und zwar knochenkonservativ. Bei der CSP votierten immerhin drei Abgeordnete für diese Öffnung und einige enthielten sich der Stimme. lth